

Die Streitkräftereform in den Niederlanden

Autor(en): **Vijver, Johan George van de**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **159 (1993)**

Heft 11

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-62470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

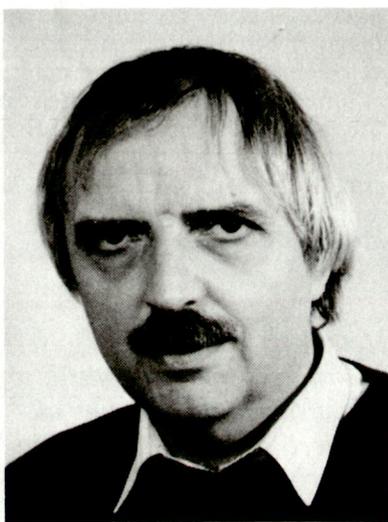
Die Streitkräftereform in den Niederlanden

Einleitung

«Kein Geld, kein Schweizer» besagt eine niederländische Redensart. Sie meint: Wer kein Geld hat, bekommt auch keine Leute, die einem helfen. Die Redensart stammt aus der Zeit, als Schweizer überall in Europa als Söldner tätig waren und es vielen Staaten ohne Schweizer Soldaten nicht gelungen wäre, eine Armee aufzustellen. Auch die Niederlande gehörte zu diesen Staaten. Erst im Jahre 1829 hat man ganz auf Schweizer Söldner verzichtet. Seitdem erfüllte die Wehrpflicht bis heute den Zweck, die Streitkräfte mit Personal zu versorgen. Die Wehrpflicht war wegen der hohen Anzahl Soldaten, welche man benötigte, unentbehrlich. Das hat sich jetzt geändert.

Wir leben in einer Zeit, in der sich viele Werte gewandelt haben, alte Drohungen verschwunden und durch neue ersetzt worden sind bzw. werden. Die «Wende», der Fall der Mauer in Berlin am 8. Dezember 1989, die Auflösung des Warschauer Paktes, die beginnende Demokratisierung der Länder des ehemaligen Ostblocks und der Zerfall der Sowjetunion zeugen davon. 1989 bis 1991 gab es eine kurze Phase der Hoffnung auf einen ständigen Weltfrieden, und es entstanden Pläne zur Reduzierung der Streitkräfte überall in Europa. Man wollte so schnell wie möglich die sogenannte Friedensdividende kassieren. Der Golfkrieg und das Wiedererwachen des Nationalismus mit entsprechenden Konflikten in Osteuropa zerschlugen diese Hoffnung. Trotz dieser ernüchternden Entwicklung hat sich die sicherheitspolitische Lage der Niederlande und des gesamten Westens ohne jeden Zweifel verbessert. Die (mögliche) militärische Konfrontation mit einer Grossmacht ist vorbei.

Die veränderte Lage in der Welt macht es möglich und notwendig, dass sich der Auftrag der niederländischen Streitkräfte dieser Lage anpasst. Nach Ansicht der niederländischen Regierung liegt die Priorität wegen der veränderten Bedrohungslage heute nicht



Dr. iur. Johan George van de Vijver,
Direktor der niederländischen
Stiftung «Gesellschaft und Streitkräfte»
(Stichting Maatschappij en
Krijgsmacht) und Generalsekretär
des zivilen Beirates
für die Streitkräfte, Den Haag.

mehr in der Landesverteidigung, sondern im Schutz des Friedens und in humanitären Aktionen. Im März 1991 veröffentlichte der Verteidigungsminister der Niederlande, *Relus ter Beek*, ein Weissbuch mit dem Titel: «Umbau und Verkleinerung: Die niederländischen Streitkräfte in einer sich verändernden Welt». Darin wird eine neue Aufgabenstellung und eine grundlegende Reform der Streitkräfte vorgeschlagen. In der niederländischen Gesellschaft, der Presse, im Parlament, aber auch in den Streitkräften wurde heftig diskutiert, ob diese Änderung des Auftrags rechters sei. Berufssoldaten behaupteten: «Ich habe mich nur für eine Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses verpflichtet, und ich bin nicht beim Militär, um ausserhalb des NATO-Gebietes zwischen kämpfende Minderheiten zu treten.» Diese Behauptung war und ist gemessen an der Verfassung falsch. Diese weist den Streitkräften drei Hauptaufgaben zu:

- Landesverteidigung,
- dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit dienen,
- humanitäre Aktionen.

In der Praxis handelt es sich um Verteidigungsaufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses und um Beiträge zur Friedensförderung durch Blauhelmeinsätze.

Schon in der Phase der Konzeption der neuen Verteidigungspolitik, also noch vor dem Reformbeschluss, wurden niederländische Einheiten mit neuen Aufgaben konfrontiert. Die Niederlande haben drei Teilstreitkräfte: Marine, Heer und Luftwaffe. Diese haben mit bestimmten Verbänden am Golfkrieg teilgenommen und danach humanitäre Hilfe zugunsten der Kurden im Nord-Irak geleistet. Des Weiteren werden seit 1992 Marineinfanteristen in Kambodscha und Fernmeldegruppen des Heeres im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt.

Bestehendes Wehrsystem

Die niederländischen Streitkräfte präsentieren sich heute, d.h. in der Vorreformphase, wie folgt:

Personal	Wichtigste Rüstungsgüter
Marine	
15 500 Berufssoldaten	14 Fregatten
1 500 Wehrpflichtige	(+ 8 im Bau befindlich)
5 500 Zivilbeamte	2 Tanker/Versorger
Insgesamt: 22 500	4 U-Boote
	(+ 2 im Bau befindlich)
	25 Minensuchboote
	13 U-Bootjagdflugzeuge
	22 seegestützte Hubschrauber
Luftwaffe	
13 000 Berufssoldaten	200 F-16-Jagdflugzeuge
4 250 Wehrpflichtige	90 Hubschrauber
2 750 Zivilbeamte	8 Staffeln Patriots/Hawks
Insgesamt: 20 000	12 Transportflugzeuge
Heer	
24 000 Berufssoldaten	950 Kampfpanzer
41 000 Wehrpflichtige	1250 gepanzerte Transportfahrzeuge
12 000 Zivilbeamte	850 Panzerhaubitzen (Artillerie)
Insgesamt 77 000	

Zusätzlich existiert eine Militärpolizei (1990: 4000 Personen): Im Verteidigungsministerium arbeiten zirka

4750 Zivilbeamte und Soldaten. Das Heer besteht aus einem Korps, dem 1. Heereskorps. Es bildet den niederländischen Beitrag an die NATO. Der Sektor, den das Heereskorps verteidigen müsste, liegt in der Norddeutschen Tiefebene. Er ist etwa 100 km breit und 170 km lang. Diese Ebene eignet sich besonders für schnelle Angriffe. In Friedenszeiten umfasst das Korps etwa 34000 Mann; im Verteidigungsfall könnte es auf etwa 90000 aufgestockt werden. Das Korps besteht aus zwei einsatzbereiten Divisionen, einer Infanteriedivision und einer Infanteriebrigade. Neben diesen Kampfeinheiten verfügt es zusätzlich über eine Anzahl von Verbindungs- und Versorgungseinheiten.

Insgesamt beträgt die Status-Quo-Präsenzstärke der niederländischen Streitkräfte 128 500 Personen, bestehend aus:

56 500 Berufssoldaten
47 500 Wehrpflichtige
24 500 Zivilbeamte

Aufhebung der Wehrpflicht

Das Heer ist nicht in der Lage, alte und neue Aufgaben zugleich zu erfüllen. Ursache dafür ist das bestehende Wehrsystem. Mehr als die Hälfte des Personals des Heeres umfasst Wehrpflichtige.

Heute wird, obwohl es gesetzlich möglich ist, in Politik und Gesellschaft nicht mehr akzeptiert, dass Wehrpflichtige ausserhalb des NATO-Gebietes unfreiwillig zu friedensschaffenden und friedenserhaltenden Massnahmen im Rahmen von Blauhelmeinsätzen herangezogen werden. Es herrscht die Auffassung vor, die Wehrpflicht sei eng mit der direkten Landesverteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses verbunden. Es finden sich heute auch nicht genügend freiwillige Wehrpflichtige für Einsätze ausserhalb des NATO-Gebietes, jedenfalls nicht, wenn es sich um Friedensschaffung mit Kampfaufträgen handelt.

Die Regierung und inzwischen auch die grosse Mehrheit des Parlaments hat aus dieser Situation die Konsequenzen gezogen: **die Wehrpflicht wird aufgehoben.** Dabei stellen sich zwei Probleme, ein juristisches und ein praktisches:

1. Muss die Verfassung, welche festlegt, dass die Streitkräfte aus Freiwill-

ligen und Wehrpflichtigen bestehen, geändert werden?

2. Können auf dem Arbeitsmarkt Zeitsoldaten in genügender Zahl und Qualität angeworben werden?

Müsste die Verfassung geändert werden, so sind Neuwahlen und eine anschliessende Zweidrittelmehrheit für die Veränderung im Parlament zwingend – eine Prozedur, die den Umbau der Streitkräfte ernsthaft verzögern könnte. Da alle grossen Parteien hinter den vorgeschlagenen Änderungen stehen (lediglich einige Splitterparteien opponieren der Aufhebung der Wehrpflicht), sieht die Regierung keine ernste Hindernisse für das Reformprozedere.

Heute wird, obwohl es gesetzlich möglich ist, in Politik und Gesellschaft nicht mehr akzeptiert, dass Wehrpflichtige ausserhalb des NATO-Gebietes unfreiwillig zu friedensschaffenden und friedenserhaltenden Massnahmen im Rahmen von Blauhelmeinsätzen herangezogen werden.

Im Januar 1993 erschien das erwähnte Weissbuch des Verteidigungsministeriums. Es legt die neuen Prioritäten der niederländischen Verteidigungspolitik im einzelnen dar.

Vorgesehene Reform

Kernpunkte der geplanten Reform sind:

■ **Verkleinerung der Streitkräfte.** Das reduzierte Heer soll inskünftig aus hochmobilen, leichten und voll präsenten Einheiten bestehen. (Anpassung an neue internationale Aufgaben)

■ **Aufhebung der Wehrpflicht ab 1998.** Die gesetzlichen Bedingungen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht im Not- bzw. Ernstfall werden nicht aufgehoben.

Zeitsoldaten (zumeist mit zweijähriger Verpflichtung) werden an die Stelle der Wehrpflichtigen treten. Zeitsoldaten können länger und besser ausgebildet werden. Als Freiwillige können sie problemlos auch ausserhalb des NATO-Gebietes eingesetzt werden.

Die Reform richtet die Streitkräfte schwergewichtig auf Einsätze zur Friedensschaffung und -erhaltung aus. Alle Einheiten müssen dafür einsatzfähig und einsatzbereit sein. Die niederländischen Streitkräfte sollen sich gleichzeitig an vier UN-Operationen beteiligen können mit Einheiten in der Stärke von je einem Bataillon, zwei Fregatten oder einer Staffel Jagdflugzeugen. Wenn nötig, müssen die vier Operationen gleichzeitig drei Jahre lang durchgehalten werden können. Als Richtwert gilt: das Personal soll ein halbes Jahr im Einsatzgebiet und danach ein Jahr lang in den Niederlanden verweilen.

Die Aufgabe der Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses bleibt bestehen. Die Einheiten, die diesen Auftrag zu erfüllen haben, werden jedoch stärkenmässig markant schwächer sein als vor 1989. Zum grössten Teil handelt es sich um mobilmachungsabhängige Verteidigungskräfte.

De facto beteiligen sich die Niederlande schon heute mit einem Bataillon Marineinfanteristen in Kambodscha sowie einem Fernmelde- und Transportbataillon bei UNO-Operationen im ehemaligen Jugoslawien. Vor der dalmatinischen Küste liegen zwei niederländische Fregatten und eine Staffel Jagdflugzeuge, welche das Flugverbot über Bosnien überwachen.

Freiwillige Wehrpflichtige

Die Aufhebung der Wehrpflicht wird nicht, wie in Belgien, möglichst rasch erfolgen. Der Übergang soll sich bis 1998 hinziehen. Bis 1994 beträgt die Dienstzeit 12 Monate (hiervon 3 Monate Grundausbildung), danach wird sie bis zur Abschaffung auf 9 Monate reduziert. Der Hauptgrund für diesen allmählichen Übergang liegt in der Annahme, dass es unmöglich sei, kurzfristig genügend Freiwillige anzuwerben und gleichzeitig das Heer umzustrukturieren und neu auszurichten.

Die Debatte um die Wehrpflicht in den Niederlanden kreist seit den 60er Jahren um ein Thema: die Auswahl der Wehrdienstleistenden aus der Menge aller Diensttauglichen. Aufgrund der Sollstärke der Armee konnte etwa die Hälfte aller diensttauglichen Wehrpflichtigen niemals

zum Militärdienst herangezogen werden. Das Überangebot an Wehrpflichtigen führte somit zu einer Wehrungerechtigkeit. Eine ausreichende Kompensation dafür hat es nie gegeben, weder finanziell, noch durch Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt für jene Wehrpflichtige, welche zum Wehrdienst herangezogen wurden. Es hat in den Niederlanden auch nie wie in der Schweiz eine Wehrsteuer existiert für Männer, die nicht eingezogen wurden.

Durch die sukzessive Reduzierung des Heeres wird die Wehrungerechtigkeit kurzfristig sogar noch zunehmen, weil ein immer geringerer Anteil der Diensttauglichen die Dienstzeit, wenn auch verkürzt, ableisten muss. Dies wird von 1994 bis 1998 der Fall sein, wenn immer weniger Wehrpflichtige herangezogen und immer mehr Zeitsoldaten verpflichtet werden.

Zunächst war der Verteidigungsminister der Meinung, er könne das Gerechtigkeitsproblem ohne zusätzliche Massnahmen lösen. Nach Protesten der Wehrpflichtigen-Gewerkschaft, einem parlamentarischen Antrag und einer Empfehlung des aus Zivilisten bestehenden Streitkräfte-Beirates wird jetzt erwogen, nur noch Diensttaugliche zum Wehrdienst heranzuziehen, welche diesen freiwillig ableisten wollen. Hierfür sind Kompensationsmassnahmen notwendig: Wenn es auf diese Weise nicht gelingen sollte, eine ausreichende Zahl Wehrdienstleistender anzuwerben, werden zurückgestellte Wehrpflichtige herangezogen.

Die Reaktion der niederländischen Bevölkerung auf die Aufhebung der Wehrpflicht

Mit der Aufhebung der Wehrpflicht wird das Problem der ungerechten Auswahl Wehrdienstleistender beseitigt. Dies ist ein praktisches Argument, aber auch das Argument schlechthin. Die Argumente für die Wehrpflicht sind heute nicht mehr zeitgemäss. Die Verankerung der Streitkräfte in der Bevölkerung wird sich möglicherweise leicht abschwächen. Die in der niederländischen Gesellschaft tief verwurzelte Demokratie und die demokratische Gesinnung des niederländischen Berufssoldaten werden indessen eine ausreichende politische Kontrolle über die Streitkräfte sicherstellen. Davon ist auch der Ver-

teidigungsminister, der sich zuvor als «Gläubiger» der allgemeinen Wehrpflicht dargestellt hatte, überzeugt. Ausserdem: nicht die Verankerung der Streitkräfte in der Bevölkerung wird verschwinden, sondern die Verankerung der Wehrpflicht!

In Umfragen zeigt sich ein deutlicher Trend: Vor dem Beschluss bekannte sich eine ziemlich grosse Bevölkerungsmehrheit (55%) für die Wehrpflicht, danach eine genau so grosse Mehrheit dagegen. Die Wende ergab sich, als deutlich wurde, dass die Bedrohung durch den Ostblock verschwunden war und der Einsatz Wehrpflichtiger gegen ihren Willen ausserhalb des NATO-Gebietes nicht akzeptiert wird. Im Dezember 1992, also noch bevor die Pläne der Regierung offiziell bekannt gemacht wurden, stimmten 70% der Bevölkerung der Aufhebung der Wehrpflicht zu.

Zielgrössen für die restrukturierten Streitkräfte

Nach der Reform werden die Streitkräfte den folgenden Umfang haben:

Personal	Wichtigste Rüstungsgüter
Marine	
13000 Berufssoldaten	16 Fregatten
4500 Zivilbeamte	2 Tanker/Versorger
Insgesamt: 17500	4 U-Boote
	1 Truppentransportschiff
	17 Minensuchboote
	13 U-Bootjagdflugzeuge
	22 seegestützte Hubschrauber
Luftwaffe	
11000 Berufssoldaten	122 F-16-Jagdflugzeuge
2250 Zivilbeamte	12 Transportflugzeuge
Insgesamt: 13 250	60 Hubschrauber
	40 Kampfhubschrauber
	12 Staffeln Hawks/Patriot
Heer	
25500 Berufssoldaten	330 Kampfpanzer
10500 Zivilbeamte	400 gepanzerte Transportfahrzeuge
Insgesamt: 36000	250 Spähfahrzeuge
	450 Panzerhaubitzen (Artillerie)

Das selbständige niederländische Heereskorps wird in ein deutsch-niederländisches Korps integriert, das Teil der Hauptverteidigungskräfte der NATO bildet. Das niederländische Heer wird dem Korps eine Division, Deutschland zwei unterstellen. Die Stabsstellen im Korps werden jeweils zur Hälfte mit niederländischen bzw. deutschen Offizieren besetzt. Das

Kommando über das Korps wechselt zwischen einem deutschen und einem niederländischen General. Die zu dem Korps gehörenden niederländischen Truppen werden auch künftig in den Niederlanden stationiert sein. Im Jahre 2000 wird die Militärpolizei aus 3600 Personen und das zentrale Verteidigungsministerium aus 3200 Personen bestehen.

Die Wehrreform zeitigt für das Heer die grössten Konsequenzen: eine Halbierung der Stärke und neue Aufgaben ausserhalb des NATO-Gebietes. Die ständigen Übungen in der Norddeutschen Tiefebene weichen dem aktiven Einsatz in Krisengebieten. Marine und Luftwaffe werden ihre Strukturen zum grössten Teil beibehalten, jedoch leicht angepasste Aufgabenstellungen erhalten.

Ausbildung und Personalbeschaffung auf dem Arbeitsmarkt

Die Reform wird sich auch auf die Ausbildung des Soldaten und die Ausbildungsinfrastruktur auswirken. So wird es insbesondere notwendig sein, die Zusammenarbeit zwischen den Teilstreitkräften zu intensivieren,

Obwohl auch Geldmittel aus dem Budget des Ministeriums für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, erwies sich bisher die Durchführung von Friedensoperationen für das Verteidigungsministeriums als wesentlich kostenaufwendiger als geplant.

weil sich die Zahl der auszubildenden Personen verringert. Derzeit wird untersucht, auf welche Weise die schon bestehende Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Universitäten und den Führungsakademien der Teilstreitkräfte erweitert werden kann.

Die neuen Aufgaben (Friedensbewahrung und Friedensförderung) machen Anpassungen der Ausbildungsziele notwendig. 1992 wurde das Zentrum für Friedensoperationen («het centrum voor Vredesoperaties») errichtet. In ihm sollen jährlich etwa 2000 künftige UN-Soldaten ausgebildet werden. Im Vordergrund stehen dabei nicht nur spezifisch militärische Aspekte der neuen Aufgaben (zum

Beispiel Übungen mit scharfer Munition), sondern auch der Unterricht über die soziokulturellen Eigenheiten des Landes, in welchem der Einsatz zu erfolgen hat. Die neuen Zeitsoldaten werden nicht nur militärisch, sondern auch zivilberuflich ausgebildet, damit sie nach Ende ihrer Militärverpflichtungen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Der Erwerb von zivil anerkannten Diplomen soll möglich werden. Hierfür werden innerhalb der Armee sogenannte «Zentren für Erziehung» eingerichtet. All diese Massnahmen zielen darauf ab, den Reiz für eine Militärlaufbahn zu erhöhen. Nach der derzeitigen Planung sollen jährlich 9300 Zeitsoldaten angeworben werden.

Dieser hohe Bedarf von anzuwerbenden Zeitsoldaten stellt insofern ein Problem dar, als die Bedarfsdeckung keineswegs gewährleistet ist. Gesucht werden Personen für zwei- bis vierjährige Zeitverträge. Die Verlängerung des Vertrages soll ebenso möglich sein wie die Ausbildung zum Berufsoffizier oder sogar Berufsoffizier. Erschwert wird die Anwerbung durch die Tatsache, dass das Ansehen der Streitkräfte wie auch der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber gering ist.

Wie die Anwerbung aussehen könnte, ist schon jetzt teilweise abzusehen. Vor einem Jahr wurde eine luftbewegliche Brigade aufgestellt, die vollständig aus Berufssoldaten besteht. Ihr Image ist das einer Eliteeinheit, deren rote Berets man sich verdienen muss. Hieraus ergibt sich ein hohes Ansehen für diese Einheit. Der Erfolg der Anwerbung (u.a. durch Fernsehwerbung) für Stellen in den kämpfenden Einheiten ist mehr als zufriedenstellend. Weniger gut bestellt ist es um die Anwerbung von Soldaten in den logistischen Arbeitsbereichen. Da die Werbung im Fernsehen suggestiv das Abenteuer in den Vordergrund stellt, bewerben sich zu wenig Interessenten für eine Ausbildung z.B. als Koch oder als Monteur. Dieser Sachverhalt ist letztlich paradox, denn die Ausbildung, welche die «logistischen» Soldaten während ihrer Dienstzeit erhalten, ist in zivilen Berufen eher gefragt als die von Combat-Soldaten.

Im Weissbuch zeigt der Minister sich optimistisch, Männer und Frauen in genügender Zahl für die Streitkräfte interessieren zu können. Angesprochen werden insbesondere sozial unterrepräsentierte und unterprivilegierte Gruppen für eine Arbeit in den

Streitkräften: Frauen, ethnische Minderheiten und junge Leute, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben.

Budget

Im Jahre 1990 belief sich das Verteidigungsbudget auf 14,1 Milliarden Gulden (etwa 12 Milliarden Schweizer Franken). Nach Planung hätte dieses Budget bis 1994 jährlich um 2% erhöht werden sollen. Das ist indessen nicht der Fall. Ab 1994 beträgt das Budget etwa 13,5 Milliarden Gulden, und es wird sich bis zum Jahre 2003 auf die-

Angesprochen werden insbesondere sozial unterrepräsentierte und unterprivilegierte Gruppen für eine Arbeit in den Streitkräften: Frauen, ethnische Minderheiten und junge Leute, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben.

sem Niveau stabilisieren. Aus der Reduzierung der Streitkräfte erhofft man sich Einsparungen. Durch die Änderung der Aufgaben der Streitkräfte sind aber auch hohe Investitionen erforderlich. Zur Erhöhung der Flexibilität der Einheiten müssen u.a. neue Transportflugzeuge und ein amphibisches Transportschiff beschafft werden. Obwohl auch Geldmittel aus dem Budget des Ministeriums für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, erwies sich bisher die Durchführung von Friedensoperationen für das Verteidigungsministerium als wesentlich kostenaufwendiger als geplant.

Reaktionen auf die Streitkräftereform

Das Parlament stimmte den Plänen des Verteidigungsministers mit grosser Mehrheit zu. Einige Oppositionsparteien und die Regierungspartei – die Christdemokraten (CDA) – fürchteten jedoch, die Blauhelmeinsätze könnten die Erfüllung der Hauptaufgabe, Schutz des NATO-Territoriums, gefährden. Deshalb wurde vorgeschlagen, statt der geplanten vier, fünf einsatzbereite Heeresbrigaden zu bilden. Wegen der zusätzlichen Kosten (jährlich etwa 400 Millionen Gulden) er-

hielt dieser Vorschlag jedoch keine parlamentarische Mehrheit. Aus diesem Grund wird diese Brigade im wesentlichen auf dem Papier aus Reservisten bestehen. Die Abschaffung der Wehrpflicht bewirkte im Parlament kaum eine Debatte, sie wurde rasch akzeptiert. Zunächst entstand eine Diskussion über die Dauer der Übergangsperiode (fünf Jahre). Aber auch dieser Plan erhielt Zustimmung, nachdem der Minister deutlich gemacht hatte, dass eine Kürzung der Übergangsphase viele Entlassungen zur Folge haben würde.

Wie schon erwähnt, steht die Bevölkerung hinter der Wehrreform. 80% der Niederländer betrachten friedensfördernde und friedenserhaltende Massnahmen als sehr wichtige Aufgaben der Streitkräfte. Die «alte» Aufgabe – «Kriegführung» – wird nur noch von 51% der Bevölkerung als «sehr wichtig» eingestuft. Die allgemeine Zustimmung zur Umstrukturierung und Reduzierung der Streitkräfte bedeutet jedoch keineswegs, dass deren Folgen überall akzeptiert würden. In bestimmten Regionen der Niederlande sind die Streitkräfte wirtschaftlich von grosser Bedeutung. Der Abzug der aufgehobenen Einheiten könnten zu steigender (lokaler) Arbeitslosigkeit führen. Bisher ist noch unklar, ob in diesen Gegenden Kompensationsmassnahmen ergriffen werden.

In den Streitkräften selbst haben die Pläne des Ministers zu Unruhe unter den Berufssoldaten geführt, da erstmals die Möglichkeit von Entlassungen besteht. Im Weissbuch wird die Zahl der zu Entlassenden auf zirka 1500 Personen geschätzt. Bei der Behandlung des Weissbuches im Parlament sagte der Verteidigungsminister zu, diese Zahl auf 950 zu reduzieren. Momentan wird versucht, ältere Soldaten vorzeitig in den Ruhestand bzw. in andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu versetzen.

Einige Paradoxa

Das neue Weissbuch spricht vom «Paradoxon der internationalen Entspannung». Während des kalten Krieges war es niemals notwendig, die Streitkräfte tatsächlich einzusetzen. Jetzt befinden wir uns in einer Ära, die mit Blick auf die gestiegene Anzahl von Krisenherden auf der Welt als «Heisser Frieden» bezeichnet werden kann. Heutzutage stehen nicht weniger als 2700 niederländische Soldaten tatsächlich im Einsatz. Dieser stellt für

die beteiligten Soldaten ein wesentlich realeres und greifbareres Risiko dar, als das kaum zu fassende Risiko einer Massenvernichtung durch nukleare Waffen, welches besonders in den 80er Jahren so viele Debatten und Massendemonstrationen heraufbeschworen hatte. Bisher führten die UNO-Missionen glücklicherweise noch zu keinen Todesopfern, wohl aber schon zu einigen Schwerverletzten.

Die konservativen und die progressiven politischen Strömungen in den Niederlanden (und sogar manche ehemalige Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer) stehen für einen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsatz der Streitkräfte in Krisenherden wie Bosnien ein. Im «progressiven» politischen Lager, also bei den Linken, gibt es deshalb kaum Verständnis für Soldaten, die sich weigern, ausserhalb

des NATO-Gebietes, also bei UN-Missionen, eingesetzt zu werden. Konservative Politiker zeigen hier mehr Verständnis. Sie und einige Gewerkschaften der Berufssoldaten plädieren für eine soziale Regelung zur Entlassung dieser neuen Kategorie von Dienstverweigerer. Ein Seelsorger beim Heer hat sogar den Vorschlag eingebracht, den Soldaten selbst die Wahl zwischen dem Dienst NATO-Einheiten oder UN-Einheiten zu lassen.

Die Aufhebung der Wehrpflicht führt zum Paradoxon, dass zur selben Zeit Personal entlassen und Personal angeworben werden muss, dass sowohl Entlassungen als auch Anwerbungen nicht unproblematisch sind. Früher hatten einige Gewerkschaften der Berufssoldaten regelmässig behauptet, die Wehrpflichtigen würden Arbeitsplätze von Berufssoldaten be-

setzen. Diesen «Vorwurf» hört man heute nicht mehr. Er wäre jedenfalls kein Argument für die Abschaffung der Wehrpflicht. Ganz im Gegenteil: die ständig wechselnden Wehrpflichtigen gewährleisteten Arbeit für die vielen Berufssoldaten, welche die Wehrpflichtigen auszubilden hatten. Es ist heute eines der Argumente der Regierung, die Wehrpflicht noch weitere fünf Jahre andauern zu lassen. Es hat aber auch den Vorwurf heraufbeschworen, das Militär benötige die Wehrpflichtigen in der Übergangsperiode (1994–1998) nur, um die Berufssoldaten vor Arbeitslosigkeit zu schützen.

Weder die alten, noch die neuen Paradoxa haben langfristig die Meinung der Bevölkerung zu den Streitkräften gewendet: Vor etwa 30 Jahren befürworteten in den Niederlanden etwa 80% der Bevölkerung die Existenz von Streitkräften, heute sind es ungefähr 67%.